

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Dresden 1926  
Jahrgang Nr. 20

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierung, des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Dresden 1926  
Stroße Riesa Nr. 22

Nr. 150.

Donnerstag, 1. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Gegenüber, gegen Vorzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Rubrik erstlich, wenn der Betrag verhältnißmäßig eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Anspruch gerät. Jahrlings- und Erfüllungszeit: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Friedrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Die Konsequenzen.

Die gestrige Sitzung des Reichstags als einer Maschine, deren jedes Geseppert einen Laut ankündigt, der eben nur Verlaut ist. Die zweite Lesung über das Gesetz des Geschäftswortes über die Fürstenabfindung konnte keine Entscheidung bringen. Zumal feststand, daß die Oppositionsparteien über ihre endgültige, abschließende Haltung sich noch lange nicht klar geworden sind. So darf man auch nicht das Ergebnis der Abstimmung allzu tragisch nehmen. Bis zur dritten Lesung werden noch einige Tage verstreichen. Und bis dahin — ja bis dahin kann sich noch vieles ereignen. In den Fraktionsräumen, den Wandelgängen, überhaupt hinter den Kulissen des offiziellen Reichstags, wird heftig gearbeitet. Der Kuhhandel, der jeder großen Tat des Reichstags im allgemeinen voranzugehen pflegt, ist in vollem Gange. Im allgemeinen sind sich die Leute, die diesen Handel betreiben, darin einig, daß irgend-wo das Geschäft zum Abschluß gebracht werden muß. Wenn ein solcher letzter Wille besteht, so darf man auch annehmen, daß wir bald vor einer abgeschlossenen Tatsache stehen.

Das was gestern von den einzelnen Parteiführern im Plenum gesprochen wurde, ist ohne Belang für die Gestaltung des Kompromisses. Ein Wichtiges aus dieser Auseinandersetzung verdient immerhin unter die Lupe genommen zu werden. Reichsminister Dr. Pils erklärte kategorisch, daß die Regierung entschlossen wäre, falls das von ihr vorgeschlagene Gesetz nicht zustande käme, die Konsequenzen zu ziehen. Das war ein großes Wort des Ministers. Versuch man es aber zu zerlegen, so wird man feststellen müssen, daß es recht schwer ist in den Kern dieser Ankündigung einzudringen. Was ist das, was Herr Dr. Pils als die Konsequenzen der Reichsregierung bezeichnet? Legt man hier noch vor dem Volkstisch abgegebene Erklärung des Reichstagspräsidenten großes Gewicht bei, so hätte man anzunehmen, daß die Reichsregierung in dieser Konsequenz nur die Auflösung des Reichstags sieht. Das wäre die radikale Lösung. Aber eine Lösung, die ein doppeltes Gesicht trägt. Sie würde wohl die derzeitige Reichsregierung in den Stand setzen, das Fürstengesetz so wie sie es ausgestaltet will, durchzuführen. Aber sie bringt gleichzeitig eine neue Krise, ein neues Aufbegehren der Leidenchaften, eine erneute Verklüftung des deutschen Volkes, alles zusammengenommen also ein Wirrwarr, der nicht minder unerträglich ist, als der Streit um die Fürstenabfindung.

Also eine Reichstagsauflösung dürfte man nicht zu erwarten haben. Wie aber sehen die anderen Konsequenzen aus, die gestern Reichsminister Dr. Pils androhte? Da wäre zunächst der Rücktritt der Reichsregierung. Ein solcher Schritt wäre logisch begründet. Und außerdem eine Selbstverständlichkeit. Denn wenn eine Regierung ein solches Pflaster erleidet, wie es gegeben wäre, wenn der Gesetzentwurf abgelehnt würde, so hat sie abzutreten. Aber wie fragen uns: in welcher Weise würde der Rücktritt der derzeitigen Reichsregierung die augenblicklich angespannte parlamentarische Situation ändern? Die Antwort ergibt sich von selbst. Bei der jetzigen Parteistellung ist es unerlässlich, wie die Mehrheit herausgefunden werden kann, die die neue Regierung bilden könnte. Man würde offensichtlich das alte Spiel sich wiederholen sehen. Und schließlich wieder auf den Regierungsbänken die Männer wiederfinden, die vorher gesungen sind, also die gleiche, "beiseitige" Reichsregierung mit Befestigung enger "Schönheitsfehler". Also auch diese Konsequenz wäre nicht so tragisch zu nehmen. Abgesehen davon, daß sie neue Unruhen und Temperamente bringt, die uns aber nach gerade schon zur Gewohnheit geworden sind.

Vielleicht bleibt noch eine dritte Konsequenz: Die Reichsregierung gibt sich mit der Ablehnung des Fürstengesetzes zufrieden. Und antwortet weiter, so als ob nichts vorgefallen wäre. Dann hätten die Fürsten das, was ihnen die ordentlichen Gerichte zugesprochen haben. Mit der Reichsregierung, sind die Parteien und Kreise, die den Fürstentum in Bewegung setzen, mit einer solchen Erlebung der Affäre zufrieden, so werden wir gewiß die letzten sein, die unzufrieden sind. Aber da eine allgemeine Zufriedenheit der Gemüter in Deutschland anscheinend ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist, so wird man schwer an eine solche Lösung glauben können. Also auch mit dieser Konsequenz ist es nicht. Wahrscheinlich man darf gespannt sein zu erfahren, wie Herr Reichsminister Dr. Pils gebent, gegebenenfalls seine Drohung wahr zu machen.

## Die Russenkredite.

103. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erörterte am Mittwoch

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius Bericht über die Verhandlungen mit den Banken, betreffend die Russenkredite.

Zunächst gab er eine Übersicht über den Verlauf der Verhandlungen, wobei die Reichsregierung von Anfang an als ehrlicher Vorkäufer versucht habe, die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen dem deutschen Bankentorium und der Regierung der Sowjet-Union aus dem Wege zu räumen. Die Schwierigkeiten bestanden zum Teil darin, daß eine Einigung über die Bankkredite nicht herbeigeführt werden konnte. Eine sehr schwerwiegende Verzögerung von mehreren Monaten erlitt die Finanzfrage dadurch, daß Ende Februar das Finanzprojekt eines ausländischen Bankkredits aufstand, das mit den Russen in Verbindung getreten war.

Die Reichsregierung trat auf Wunsch der Banken auch hier vermittelnd auf. Bis heute steht noch die endgültige Antwort der ausländischen Gruppe aus. Vor einigen Tagen ist es nun gelungen, unter Vermittlung des Reichswirtschaftsministers die Verhandlungen zwischen dem deutschen Bankentorium und der russischen Regierung zu einer Einigung zu führen. Es wurde Einverständnis über folgende Sache erzielt: Jeweiliger Reichsbanktag zusätzlich 1 Prozent Zinsen und 1,5 Prozent Provision, also bei dem heutigen Reichsbanktag von 8,5 Prozent insgesamt 9,5 Prozent. Das Zustandekommen der Einigung wurde dadurch erleichtert, daß die Reichsregierung dem Bankentorium für einen Teil des Kredites in Höhe von 35 Prozent des zur Verfügung gestellten Gesamtbetrages eine Kreditkündigungsmöglichkeit eröffnete. Nunmehr kann damit gerechnet werden, daß von dem Bankentorium für die Finanzierung ein noch 120 bis 150 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Bis heute sind aus Wirtschaftskreisen zahlreiche Anfragen bei dem interimsistischen Ausschuss eingegangen. Sie beziehen sich auf Lieferungsverträge von über 300 Millionen Reichsmark. Anträge auf Erteilung der Garantie liegen in Höhe von etwa 14 Millionen Reichsmark vor. Eine ganze Reihe solcher Anträge hat der Ausschuss bereits bewilligt. Die zu findende getonnene Einigung läßt erwarten, daß fortan in noch größerem Umfang als bisher Geschäftsabläufe erfolgen werden.

Nach einer Aussprache über diese Mitteilungen wurde folgender Antrag Rüdiger-Verlag (Str.) genehmigt: Die Reichsregierung wird in Abänderung eines früheren Beschlusses des Reichshaushaltsausschusses ermächtigt, von dem Betrag von 10 Millionen RM, der von der allgemeinen Garantiefunktion abgesetzt ist, den auf die in Russland konzipierten deutschen Gesellschaften entfallenden Anteil von fünf Millionen RM, allgemein zum Zwecke der Förderung der deutschen Konzeptionsarbeiten in Russland in der zur Erreichung des Zweckes geeigneten Weise zu verwenden. Auf eine Anregung des Abg. Dr. Reichert (Dust.) erklärte ein Regierungsvertreter, daß auch die sogenannten leichten, kurzfristigen Garantien, z. B. für Kleinrentenindustrie, durchaus gefördert werden würden.

## Die Jubelfeier des Reichsgesundheitsamts.

1) Berlin. An der Feier des 50jährigen Bestehens des Reichsgesundheitsamtes, die gestern nachmittags in dem großen, reich mit Blumen, Vorbeerbäumen und Palmen geschmückten Plenarsaal des Reichswirtschaftsministers durch einen Festakt begangen wurde, nahmen als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Brüggemann sowie die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Brauns, Dr. Reichold, Dr. Haslinder und Dr. Curtius teil, als Vertreter der preussischen Staatsregierung die Minister Preußner und Steiger, weiter der Vizepräsident des Reichstages Dr. Sell, Graf Poladovsky-Wehner und die Witwe Robert Koch, ferner Vertreter der übrigen Länder, der Universitäten, der Ärzten und Technischen Hochschulen, der Stadt Berlin, der Reichsbehörden und zahlreicher sonstiger Behörden und Privatorganisationen.

Den Festakt eröffnete der Domchor unter Leitung des Prof. Hädel mit dem Vortrag des Sanctus von Schubert. Dann gab der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Damm einen Rückblick auf die 50jährige Tätigkeit des Amtes mit dem Versprechen weiterer gewissenhafter Pflichterfüllung für die Zukunft.

Darauf hielt Reichsminister des Innern Dr. Brüggemann eine bedeutungsvolle Rede, in der er an Hand der Entwicklungsgeschichte des Reichsgesundheitsamtes die steigende Bedeutung der Hygiene als Wissenschaft und als Faktor der öffentlichen Gesundheitsfürsorge darlegte. Der Minister erinnerte an die Einbedeutung des Tuberkel-Baustills durch Robert Koch während seiner Tätigkeit im Reichsgesundheitsamt und des Erregers der Sypille durch Schaudinn. In klarer und gerader Rede habe die Tätigkeit des Reichsgesundheitsamtes von der alten Staatsarzneikunde über den Weg der Hygienepolitik zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge und zu einem Recht des Menschen auf Gesundheit geführt. Mit besonderer Dankbarkeit gedachte der Minister des gegenwärtigen Präsidenten des Gesundheitsamtes, Dr. Damm, der am 1. Juli 1926 nach mehr als 50jähriger Tätigkeit aus seinem Amte scheidet. Seine Ruhe und Sicherheit in der Leitung der Geschäfte, sein kluges und sorgfältiges Vorgehen und sein feinfühliges Takt in der Behandlung von Menschen und Dingen habe ihm aufrichtige Dankbarkeit und tiefe Verehrung zugeführt. Der dankbare Rückblick auf die Vergangenheit, so führte der Minister aus, gibt uns die Gewißheit, daß von der Arbeit des Reichsgesundheitsamtes auch in der Zukunft Erträge des Segens für das deutsche Volk und für die übrigen Völker ausgehen werden. Unvergessen und unvergessen noch als bisher werden die Aufgaben und Arbeiten dieses Amtes in der Zukunft sein, aber die Größe der Idee, in deren Dienst diese Arbeiten stehen, wird Willen und Kraft aller derer fürfern, die zu diesem Dienst am Volke und zu diesem Menschheitsdienst berufen sind und wird sie erfüllen von der schicksalhaften Bedeutung des Tages, den ich der Arbeit des Reichsgesundheitsamtes als Festtag feiern möchte: "Gesundheit ist das Lebensglück des Menschen und der Menschheit".

Den Wünschen des Reichsinneministeriums schlossen sich Reichsminister Dr. Brauns und namens der preussischen Staatsregierung der Minister für Volkswohlfahrt, Ostheiler, an. Es folgten dann Ansprachen der Vertreter der deutschen Universitäten, von tierärztlichen und technischen Hochschulen, des Deutschen Roten Kreuzes, der Wohlfahrtsorganisationen und anderer Verbände, die mit dem Reichsgesundheitsamt zusammenhängen.

Das Reichsgesundheitsamt wurde aus Anlaß seines Jubiläums Gegenstand mannigfacher Ehrungen. Von Seiten der Universität München und Gießen und der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurden Ehrungen in Form von Promotionen zu Ehrendoktoren und von Ernennungen zu Ehrenmitgliedern sowie Glückwunschadressen überbracht. Professor Hieslery überreichte mit Glückwünschen Ehrenurkunden der Universitäten Heidelberg und Freiburg. Das Deutsche Rote Kreuz verleiht dem Präsidenten und einigen Mitgliedern des Amtes seine Ehrenzeichen. Ferner wurde eine Franz-Baum-Stiftung Leben gerufen, deren Zweck darin besteht soll, die Beamten des Reichsgesundheitsamtes ihren wissenschaftlichen Zielen, aber auch in Fällen einer dringenden wirtschaftlichen Notlage, für die Reichsmittel nicht zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Die Stadt Berlin widmete eine Gedenktafel für das Haus Luisenstraße 67 zur Erinnerung an die erste Arbeitstätte des Reichsgesundheitsamtes, wo auch Robert Koch den Tuberkel-Baustill entdeckt hat.

Den Abschluß der Feier bildete ein Vortrag des Chores aus den Reichsleitern. Nachmittags hielt Prof. Häders vom Reichsgesundheitsamt in Rundfunk einen Vortrag über die Entwicklung der Behörde. Ein Festmahl im Zoo beendete den Jubiläumstag.

## Dr. Gamel Präsident des Reichsgesundheitsamts.

Die bereits gemeldet, ist die Ernennung des Ministerialdirigenten im Reichsministerium des Innern, Geh. Regierungsrats Dr. Gamel, zum Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes an Stelle des wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden, seit 1905 verdienstvoll tätigen Präsidenten Dr. Damm schon erfolgt.

Damit stellt der bisherigen Tradition gemäß auch diesmal das Reichsministerium des Innern den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, nur mit dem Unterschied, daß der neue Präsident Dr. Gamel nicht wie seine beiden Vorgänger Jurist, sondern Mediziner ist, der auf eine langjährige Schulung als Verwaltungsbeamter im Reichsgesundheitsamt und seit 1918 im Reichsministerium des Innern zurückblickt. Das Reichsgesundheitsamt, das seit dem Antritt immer mehr und eingehender sich mit den Fragen der Volksgesundheit zu beschäftigen hat, erhält somit wieder, wie bei seiner Gründung, einen Fachpräsidenten.

Präsident Dr. Karl Gamel ist Rheinländer. Er wurde am 19. Juni 1870 zu Düren geboren. Seine Universitätsstudien erledigte er in Straßburg i. E., Heidelberg, Berlin und München. Nach seiner ärztlichen Approbation im Jahre 1894 erweiterte er seine wissenschaftlichen Kenntnisse durch eine siebenjährige Tätigkeit an pathologisch-anatomischen, chirurgischen und medizinisch-physikalischen Instituten, um 1902 von der Gerhard-Hofmann-Klinik in Berlin zum Reichsgesundheitsamt abzutreten. Dort wurde er 1906 zum Regierungsrat, 1916 zum Geheimen Regierungsrat ernannt. 1918 erfolgte seine Berufung an das Reichsministerium des Innern.

Die Reichsgesundheitswoche im April d. J. hatte Dr. Gamel als Referenten. Als Vorsitzender des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung, dem seitens des Reichs die Durchführung der Reichsgesundheitswoche übertragen war, war er unmittelbar daran beteiligt. Seiner Energie und seinem Organisationsstalent ist das Gelingen der Reichsgesundheitswoche in hervorragendem Maße zu danken.

## Aus dem Landtage.

### Im Haushaltsausschuß A

wurden gestern die Etatkapitel Arbeit, und Wohlfahrtsministerium weiter behandelt, und ein Antrag des Abgeordneten Voigt (DVP.) gegen die Entwürfe der Reichsanwaltschaft angenommen, der sich entzieht gegen die gewerbliche Berufsarbeit am Sonntag mündet. Abg. Blüher (DVP.) berichtet über das Kapitel Steuer, das gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme findet. Die Abstimmung über die Kapitel betr. Rücklagen wurde ausgesetzt, während noch lebhafter Aussprache die für das Rechnungsjahr 1924 nachgewiesenen Ueberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig genehmigt und der Regierung hinsichtlich dieses Kapitels Entlastung erteilt wurde.

### Im Haushaltsausschuß B

wurde über den Rechnungsbildbericht für 1924 sowie über das Haushaltsantrag für 1926 verhandelt. Der Ausschuss genehmigte den Rechnungsbildbericht mit dem Vorbehalt der endgültigen Entscheidung. Zu Kapitel Landwirtschaftsbereich des Reichsministeriums, das 400.000 Mark anfordert wird beschlossen, die Angelegenheit später noch einmal zu prüfen und vor allen Dingen festzustellen, mit welchen Vermögenswerten für die Zukunft die Wirtschaftsbetriebe zu führen sind. Es sei auch zu erwarten, daß für die Landwirtschaftsbetriebe noch eine Vorlage dem Landtag vor den Ferien zugehen wird, deren Verabschiedung aber zweifelhaft ist.

### Der Reichsausschuß

besetzte sich in 2. Lesung mit dem Gewerbesteuerengesetz, das in der Hauptsache Annahme fand. Ferner wurde ein deutsch-nationaler Antrag angenommen, wonach die Zehntagssteuer zur Gewerbesteuer in der gleichen Höhe erhoben werden soll, wie die Grundsteuer. Weiter wurde das Schuldenpfandgesetz mit einigen Änderungen angenommen und zum Schluß wurde eine Anzahl von Entwurfsanträgen abgelehnt.